

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 64 (1970)
Heft: 5

Artikel: Bemerkungen zur Initiative Schwarzenbach
Autor: Poggiolini, Felix
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141756>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

den Wirtschaftens erarbeitet werden sollte. Nicht nationalistische Abschränkungen innerhalb der europäischen Gesellschaft, nicht wirtschaftliche Scheinblüte aufgrund arbeitskraftausbeuterischer Nutzung sozialen und politischen Notstandes in anderen europäischen Nationen vermögen an gerechten und menschenwürdigen Zuständen in der europäischen Menschenwelt mitzuarbeiten, sondern allein das Offensein für den andersartigen Mitmenschen, seine Anerkennung als ein Mitarbeiter an unserem gemeinsamen Wohlbefinden und seine Bewillkommnung als ein Geburtshelfer zu einer weltweiten, verantwortungsbewussten Verbundenheit der Nationen, der wir unsere gepflegte nationale Eigenart gern mitgeben, bestimmt den Trend unserer Zeit. Stemmen wir uns diesem nicht falscherweise entgegen, sondern sorgen wir an unserem Teil dafür, dass die Ausweitung unseres Bewusstseins- und Verantwortungsstandes in friedlichem Austausch der Kräfte vor sich geht. Dann werden uns der Fremdarbeiter und sein Schicksal zu einem zukunftssträchtigen Symbol unseres eigenen Weges in die Zukunft sein.

Willi Kobe

Bemerkungen zur Initiative Schwarzenbach

Von der gesamten Wirtschaft und von allen Kreisen, die auf humane Gesinnung halten, wird, zumeist aus verschiedenen Gründen, ein erbitterter Kampf gegen die Initiative Schwarzenbach geführt. Über diesen Kampf wird viel geschrieben und diskutiert; ebenso steht die Initiative selbst im Zentrum mancher erregter Debatten. Man mutmasst über mögliche Auswirkungen eines radikalen Abbaus an Ausländern und über die Chancen, mit denen Schwarzenbach wohl rechnen könne.

Alle diese Diskussionen, so recht und gut durchdacht sie sein mögen, lassen das Wesentliche ausser acht: die Motive nämlich, die einerseits das Zustandekommen der Initiative ermöglichten, und andererseits diejenigen, aus denen die Stellungnahme der Wirtschaft resultiert. Zweifellos appelliert die «Nationale Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat» an Instinkte, die nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges nicht mehr angesprochen werden sollten. Unser Eindruck, den wir schon bei der blossen Lektüre der Überschrift der Initiative gewinnen, wird gestützt durch ein Informationsflugblatt, welches im «Zeitdienst» vom 10. April 1970 abgedruckt ist.

Wir lesen unter anderem, dass Schwarzenbach am 27. Juli 1940 in die «Basler Nachrichten» folgendes schrieb: «... es scheint heute die Mission der jugendlichen Revolutionsarmeen Hitlers und Mussolinis zu sein, das aufgelöste und zerfallene Europa in einer neuen und dauerhaften Ordnung zusammenzuschweissen. Ist diese Aufgabe dereinst erfüllt, so kann der Ring in der Kette der Revolutionen als geschlossen betrachtet werden: Europa tritt aus dem Zustand der Wandlung in den Zustand des Dauerhaften.»

Dieses Zitat spricht eine deutliche Sprache. Wem es nicht genügt, mag das ganze Flugblatt lesen. Die Initiative Schwarzenbach entspringt offenbar dem Gedanken- und Empfindungsgut der äussersten Rechten. Dies gilt auch dann, wenn der Initiant heute in Vorträgen und Diskussionen seine Auffassung mit sachlich anmutenden Argumenten verteidigt. Er bedient sich eben der Mittel, die helfen, heute also der Statistiken.

Die Wirtschaft bekämpft die Initiative nicht wegen der soeben geschilderten Motive, sondern wegen der Folgen, die eine starke Reduktion der Gastarbeiter für sie zeitigen würde. Sie will produzieren, solange Nachfrage besteht; bei steigenden Absatzmöglichkeiten sucht sie, das Angebot zu steigern. Dabei befinden wir uns ja seit langem in einer Phase, die dadurch gekennzeichnet ist, dass neue Bedürfnisse künstlich geschaffen werden. Der Mensch, der diese Bedürfnisse befriedigt, wird der jungen Generation als Leitbild vor Augen gehalten.

Auch wenn wir uns gegen Schwarzenbach ausgesprochen haben, ihn aber nicht mit den Argumenten der Wirtschaft bekämpfen, bedeutet das nicht, dass man den Dingen ihren Lauf lassen soll. Ganz andere Überlegungen lassen es als geboten erscheinen, die Zahl der ausländischen Arbeiter zu beschränken. An erster Stelle fällt hier sicher die Belastung unserer Infrastruktur ins Gewicht.

Richtlinie für ein Eingreifen des Staates in wirtschaftliche Entwicklungen hat allein das Wohl der Allgemeinheit zu sein. Hier ist zu sagen, dass eine rücksichtslose Steigerung der Produktion und eine — durch unsere Gastarbeiter verursachte — Belastung der Infrastruktur sich für die ganze Bevölkerung negativ auswirken können. Nur in diesem Sinne ist eine Beschränkung der ausländischen Arbeitskräfte sinnvoll, die auch von der Regierung, unabhängig von Schwarzenbach, angestrebt wird.

Felix Poggiolini, stud. phil. I

Mitbestimmung

Ich bin der festen Überzeugung, dass das Fremdarbeiterproblem nie das heutige Ausmass angenommen hätte, wenn es in unserer Industrie eine wirk-same Mitbestimmung der Arbeiter geben würde, eine Mitbestimmung also, die sich auch auf Produktion und Planung erstrecken würde. Die Arbeiterschaft hätte bestimmt die Expansion nicht so unbesehen und ohne Rücksicht auf die Probleme der Infrastruktur und der Mitmenschlichkeit überhaupt vorantreiben helfen, wie es mittels des während vieler Jahre hemmungslos betriebenen Zuzugs von Fremdarbeitern geschehen ist. Die Arbeiterschaft hätte diese Entwicklung im eigenen Interesse mindestens gedrosselt.

Aber eben: Demokratie und Mitbestimmung kennen wir nur im politischen, nicht aber im ökonomischen Bereich. Jetzt haben wir die Folgen dieser Beschränkung der Demokratie zu tragen.